

Politik will mehr separate Radwege

Mehrheit im Rat will das Radfahren sicherer machen / Park & Ride soll ausgebaut werden / Ausschuss lehnt vergünstigte Bus- und Bahntickets an Tagen mit hoher Luftverschmutzung ab

VON CONRAD VON MEDING



Vorbild für die ganze Stadt: Rote Markierungen sollen Fahrräder wie hier am Lister Platz über die Kreuzungen führen. Foto: Heidrich

Die Ratspolitiker haben am Mittwoch mit großer Mehrheit ein neues Konzept für die Sicherheit von Radfahrern beschlossen. Rote Radspuren sollen künftig immer komplett über Straßenkreuzungen geführt werden, die Stadt soll mehr Fahrradstraßen bauen und Ampeln so schalten, dass Radfahrer möglichst in einem Zug hinüberkommen. Eine grundlegende Änderung im Radwegekonzept gibt es: Auch Rot-Grün favorisiert jetzt eher separate Radwege als Radspuren auf der Straße. Das gab Spott von der CDU, die das schon lange fordert.

Am Tag vor dem erwarteten Urteil des Bundesverwaltungsgerichts zu Diesel-Fahrverboten lieferte sich der Bauausschuss des Rates einen Marathon an Vorschlägen, wie der Verkehr in Hannover umweltfreundlicher werden kann. Zehn Anträge mit Dutzenden Einzelaspekten passierten das Gremium. CDU-Ratsherr Felix Blaschzyk kritisierte, es sei „eine Bankrotterklärung für die Verwaltung“, dass sie zwei Jahre lang keinen Luftreinhalteplan für Hannover vorgelegt habe und die Ratsmehrheit aus SPD, Grünen und FDP nun auf den letzten Drücker zahlreiche „Anträge voller Spiegelstriche“ vorlege. SPD-Baupolitiker Lars Kelich konterte, das „Totalversagen der Politik auf Bundesebene“ zwingt die Kommunen zum Handeln.

Unter anderem beschlossen die Verkehrspolitiker, 400 Carsharing-Plätze zu schaffen, zehn Fahrradparkhäuschen in den Stadtteilen zu bauen, eine Konzession zum Bau zusätzlicher E-Ladestationen zu vergeben und mithilfe des neuen Verkehrsrechners den Autoverkehr flüssiger fließen zu lassen. Auch die Forderung nach einem 365-Euro-Jahresticket für den Nahverkehr gehört dazu.

Neu im Konzept ist unter anderem, dass die Zahl an P+R-Stellplätzen am Stadtrand deutlich ausgebaut werden soll. Dabei soll nun die Stadt der Region bei der Suche nach Grundstücken helfen. Denkbar sei auch, etwa in Lahe ein Parkdeck zu errichten, um dem lange bekannten Parkplatzmangel zu begegnen, sagte SPD-Mann Kelich. FDP-Fraktionschef Wilfried Engelke spottete, nachdem die Region bei der D-Linie Murks hinterlassen habe und den Regiobus-Verkehr im Umland einschränken wolle, sodass mehr Menschen mit Autos in die Stadt fahren müssten, benötige sie nun auch noch Nachhilfe beim P+R-Konzept.

Elisabeth Clausen-Muradian (Grüne) räumte ein, dass alle Vorschläge nur „kleine Bausteine“ seien, die keine kurzfristige Senkung der Schadstoffwerte hervorriefen. Es gehe aber darum, Alternativen zum Autofahren attraktiver zu machen. Von der Kehrtwende beim Radwegekonzept erhoffe man sich, dass sich insbesondere ungeübte Radfahrer sowie Jüngere und Ältere sicherer fühlen.

Mehrere Anträge wurden abgelehnt. Etwa der Vorstoß der CDU, an Tagen mit besonders hohen Schadstoffwerten vergünstigte Nahverkehrstickets einzuführen. SPD-Mann Kelich argumentierte, Hannover überschreite an keinem Tag im Jahr die Grenzwerte – nur der Jahresgesamtwert werde überschritten.

10

Parkhäuschen für

Fahrräder sollen in den Stadtteilen entstehen, zudem sollen 400 Carsharing-Plätze ausgewiesen werden.